



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Herr Rahmfeld

Telefon: (0221) 221-21087
Fax : (0221) 221-29166
E-Mail: christian.rahmfeld@stadt-koeln.de

Datum: 13.10.2016

**Auszug
aus der Niederschrift der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender vom 04.10.2016**

öffentlich

10 Aktionsplan LSBTI

Frau Rehberg teilt mit, dass Herr Schuhmacher einen Beschlussvorschlag zum Aktionsplan LSBTI gemacht habe, der als Tischvorlage ausliege. Auch die Verwaltung habe sich zusammen mit der Politik Gedanken gemacht, wie ein Aktionsplan gestaltet werden könne. Der Prozess müsse extern moderiert werden. Die vorgesehenen 25.000 € seien für die Entwicklung des Aktionsplans eingestellt worden. Es solle einen begleiteten Prozess mit drei Veranstaltungen geben. Damit Maßnahmen in den Haushalt 2018 einfließen könnten, müsste der Aktionsplan bis Sommer 2017 erstellt worden sein. Es soll eine Expertise nicht nur aus der StadtAG LST, sondern auch von Personengruppen geben, die sonst nicht so leicht erreicht werden. Dazu seien Interviews mit Leitfragen sinnvoll. Die Ergebnisse der Interviews sollen aufbereitet werden und als Arbeitsgrundlage dienen. Das Thema „Lebenslagen“, z.B. Seniorinnen und Senioren, solle dabei berücksichtigt werden.

Herr Schuhmacher gibt zu bedenken, dass die Umsetzung sich schwierig gestalten könne, wenn eine Übertragung der vorgesehenen Mittel nicht möglich sei. In Köln gebe es bereits Strukturen, die über gute Verbindungen verfügen. Das Vorgehen anhand von Interviews erachte er als schwierig. Es ginge eher um einen politischen Ansatz, der nicht auf das Individuum abstelle, weil man in einen Prozess käme, der weniger aussagekräftig sein könnte.

Frau Dr. Blatz unterstützt die Vorlage des Herrn Schuhmacher. Der Aktionsplan müsse ein moderierter politischer Prozess sein. Die vorhandenen Strukturen der Community sollten aktiviert werden. Es gebe eine Reihe von Menschen und Organisationen, wie beispielsweise die StadtAG LST, KLuST, Rainbow-Refugees, Dyke-March, Wirtschaftsweiber, die eingeladen werden sollten. Es solle einen ersten großen Aufschlag geben, der extern moderiert werden solle. Interviews seien möglich, dürften aber nicht die tragende Säule bilden. Sie könne sich nicht vorstellen, dass der Prozess bis zum Sommer 2017 beendet sein könne.

Frau Rabenstein erklärt, dass der Aktionsplan auch als Argumentationsgrundlage für konkrete Maßnahmen im Haushaltsplan 2018 dienen sollte. Sie plädiere auch dafür, sehr viele Aktive mit einzubeziehen. Man könne auch auf die Zielvorgabe Sommer 2017 verzichten, evtl. müssten dann für 2018 weitere Mittel für den Prozess eingestellt werden. Konkrete Maßnahmen könnten dann jedoch noch nicht beschlossen und finanziert werden. Sie wünsche sich, dass alle Beteiligten den Beschluss so mittragen. Interviews seien generell eine gute Idee, um ein freies Statement zu bestimmten Lebenslagen zu erfahren. Sie begrüße, dass der Vorschlag von einer breiten Beteiligung ausgehe.

Herr Spröde weist darauf hin, dass Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler nicht überfordert werden sollten; man dürfe deren Motivation nicht gefährden, wenn diese sich in ihrer Freizeit engagieren, Maßnahmen dann aber Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Frau Dr. Blatz regt an, auch in anderen Städten zu recherchieren, die bereits Aktionspläne hätten. Man könne sich von guten Beispielen leiten lassen. Sie selbst sei sehr motiviert und an einer Mitwirkung interessiert.

Herr Malavasi plädiert für eine enge Zeitschiene. Man könne auch schon mit der Umsetzung von Maßnahmen beginnen, wenn der Aktionsplan noch nicht fertig gestellt sei. Der Aktionsplan müsse ein Prozess bleiben, wobei der Dialog öffentlich und bunt gestaltet werden solle. Die Aktionspläne anderer Städte könnten sowohl positive, als auch negative Beispiele sein, da der Prozess auch dort nicht immer gut verlaufe.

Herr Schuhmacher möchte in den Vorschlag aufnehmen, dass in die Prioritätenliste Interviews mit Personen, die nicht zur organisierten Community gehören, wie sie von Frau Rehberg vorgeschlagen wurden, mit aufgenommen werden können. Man könne überlegen, wie Interviews konkret Sinn machen können.

Frau Rabenstein betont, dass das Ende des Prozesses nicht im Sommer 2017 sein sollte, dass bis dahin jedoch ein Zwischenergebnis vorliegen sollte, das ermöglicht, erste Maßnahmen in den Haushalt einzubringen.

Frau Rehberg erklärt, dass die Umsetzung aufgrund der knappen personellen Ressourcen in der Dienststelle Diversity und der Fachstelle für LST nicht einfach sein werde. Daher sei sie für einen eher schlanken Prozess eingetreten. Auch das interkulturelle Maßnahmenprogramm sei als ein groß angelegter Prozess über einen langen Zeitraum erarbeitet worden, in dem einige Teilnehmende ausgestiegen seien, weil es lange gedauert habe, bis erste Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Für diesen Prozess habe im Interkulturellen Referat eine ganze Stelle zur Verfügung gestanden. Alle zurzeit anstehenden Vorhaben könnten mit dem vorhandenen Personal nicht erarbeitet werden.

Frau Dr. Blatz berichtet von ihren Erfahrungen in ähnlichen Prozessen und weist darauf hin, dass eine externe Moderatorin bzw. Moderator Vieles abfangen könne und nicht alles innerhalb der Dienststelle erarbeitet werden müsse; die Dienststelle müsse aber auf jeden Fall beteiligt werden.

Frau Rabenstein fragt – auch vor dem Hintergrund der personellen Ressourcen – wann eine Auftaktveranstaltung mit breiter Beteiligung stattfinden könne und wieviel Zeit es benötige, eine geeignete Moderation zu finden und die Veranstaltung zu organisieren.

Herr Rahmfeld überlegt, dass die Tagung für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge ca. drei Monate Vorbereitungszeit in Anspruch genommen habe. Es sei ambitioniert, einen Termin für Ende November anzusteuern. Er werde versuchen, einen geeigneten Termin zu finden.

Frau Rehberg ergänzt, im Vergleich zur Tagung „Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf“ werden zur Veranstaltung keine externen Referenten eingeladen. Dennoch bedürfe es einer guten Vorbereitung und Durchführung, vor allem, weil

noch eine Moderation gefunden werden müsse. Deshalb appelliere sie nochmals für eine schlanke Auftaktveranstaltung, bei der im Vordergrund die Erarbeitung eines Gerüsts für den Aktionsplan stehe. Ansonsten sei ein Termin im November 2016 nicht zu halten.

Herr Dr. Rau bittet um Formulierung eines Beschlussvorschlags.

Herr Schuhmacher hält es für erforderlich, zumindest zu Beginn der Entwicklung eines Aktionsplans möglichst viele Akteure der Community mitzunehmen.

Herr Schuhmacher schlägt vor, seinen Beschlusstext mit zwei Ergänzungen zur Abstimmung zu bringen: Die Prioritätenliste kann um Interviews, die bisher nicht in den Strukturen vernetzt sind, erweitert werden. Zweitens soll bis Sommer 2017 eine Zwischenbilanz mit einigen konkreten Maßnahmen erstellt werden, um diese mit in die Haushaltsplanberatungen für 2018 mit einbringen zu können. Für die Auftaktveranstaltung solle möglichst ein Termin Ende November 2016 gefunden werden.

Einstimmig mit den genannten Änderungen beschlossen

